

Nazis als Nachbarn

Birgit Lohmeyer über ihren Alltag unter Rechtsextremen in Jamel. Seite 3

Trauernde Gondeln

Autos, Wasserbusse, die Schönheit und der Tod. Neues aus Venedig. Seite 14

Gaza braucht Zement und Frieden

Ein vom Krieg zerpflügter Landstrich harrt seiner Wiederauf-
ersterung.
Seiten
8 und 17



Grafik: 123RF/torky

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Foto: 123RF/mipan

Mittwoch, 20. August 2014

69. Jahrgang/Nr. 193

Berlinausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Kein bisschen Frieden

Aert van Riel über die deutsche Rüstungsexportpolitik

Im Wirtschaftsflügel der Union geht die Angst um. Künftig könnten deutschen Unternehmen einige Rüstungsdeals durch die Lappen gehen, weil Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel bei Rüstungsexporten etwas zurückhaltender agieren will als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung, die deutsche Waffen in alle Welt geliefert hatte. Der Erhalt von Arbeitsplätzen soll laut Gabriel bei den Ausfuhren keine entscheidende Rolle spielen.

Als Argument für die Lieferung von Kriegsmaterial bliebe also noch die Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen. Wenn es um diese geht, wird gelegentlich auch Kriegsmaterial in Krisengebiete geliefert. So war es bereits unter der rot-grünen Bundesregierung, die damit gegen die eigenen Rüstungsexportrichtlinien verstieß. Wenn sich Gabriel heute auf die Richtlinien beruft, kann er aber sicher sein, dass sich kaum noch jemand an die rot-grüne Rüstungsexportpolitik erinnert.

Es ist zu befürchten, dass die Bundesregierung weiterhin Verbündete aufrüsten wird, auch wenn diese Menschenrechte mit Füßen treten. Weitere Optionen der Sicherheitspolitik sind etwa die Entsendung von Bundeswehrsoldaten und militärische Ausbildungshilfe. Diese Punkte sind grundsätzlich nicht strittig zwischen Union und SPD. Eine friedlichere deutsche Außenpolitik rückt so in weite Ferne, obwohl den Protagonisten immer wieder vor Augen geführt wird, dass ihr Handeln oft dazu beigetragen hat, die Konflikte auf dieser Welt anzuheizen.

UNTEN LINKS

Welt und Wahn (35)

Der Tortenheber holt sich munter eine nach der andern runter von dem großen Tortenberg, denn das ist sein Tagewerk.

Seine Arbeit liebt er sehr, ist sie auch bisweilen schwer. Doch es winkt ja süßer Lohn – oft vor Feierabend schon.

Sahne satt und holde Früchte heizen an des Hebers Süchte. In des Backwerks Masse, weich, greift er voller Gier sogleich.

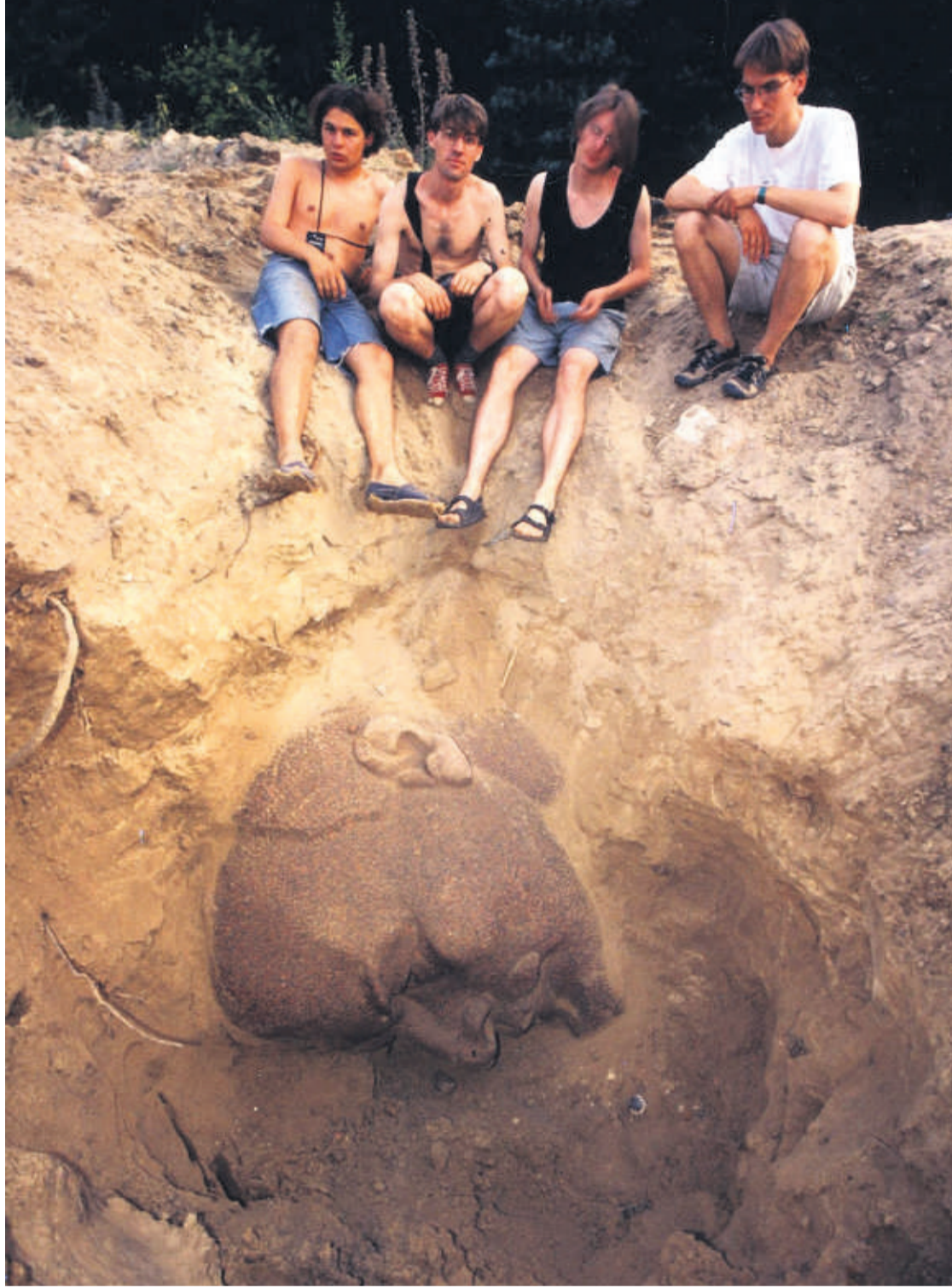
Stopft die Creme in seinen Bauch, Obst diverser Sorten auch. Alles wird ratzfatz verspeist, fast den Wanst in Stücke's reißt.

Tortenheber ist ein Tort, macht die Welt zum öden Ort. Ohne Torten, merkt euch das, ist das Leben grau und blass.

Darauf lasst uns einen heben: Torten brauchen wir zum Leben! Keine Krume von dem Schmaus geht mehr an den Heber raus. *ibo*

Hallo, Lenin!

Die im Berliner Forst verscharrte Statue sei nicht auffindbar, sagt der Senat. Wir sagen: Doch!



Filmemacher Minnich (rechts) vor 20 Jahren mit seinen Helfern

Foto: Andreas Kämper

Berlin. Im Frühjahr 2015 soll im ehemaligen Proviantmagazin der Zitadelle Spandau die neue Dauerausstellung »Enthüllt. Berlin und seine Denkmäler« eröffnet werden. Seit Langem war geplant, dass in der Schau, die den Umgang mit politischen Denkmälern vom 18. Jahrhundert bis heute thematisiert, auch der Kopf jener Lenin-Statue gezeigt wird, die bis 1991 auf dem heutigen Platz der Vereinten Nationen stand. Wie die »Berliner Zeitung« am vergangenen Freitag berichtete, hält der Senat die Bergung der Statue aber plötzlich für undurchführbar. Das Blatt zitiert den Landeskonservator Jörg Haspel unter anderem mit der Aussage, die »Lage des Kopfes und anderer Teile« könne »nicht präzise« bestimmt werden und sei außerdem zu teuer. Dem widerspricht mittlerweile nicht nur die Projektleiterin Andrea Thiessen vom Spandauer Kunstamt: Sehr wohl verfüge sie über einen Lageplan. Auch Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats für die Ausstellung protestierten gegen die Aussagen des Senats und kündigten an, nach der Sommerpause eine Petition an ihn zu richten, in der die Freigabe des Lenin-Kopfes für die Ausstellung gefordert werde. Die Kosten der Bergung seien durchaus im zur Verfügung stehenden Budget enthalten.

In der nd-Redaktion hat sich indes der US-amerikanische Filmemacher Rick Minnich gemeldet, der 1994 für seinen Film »The Book of Lenins« mit einem fünfköpfigen Team den nun vermissten Granitkopf freilegte. »Dass man ihn nicht finden könne, ist auf jeden Fall eine Ausrede«, vermutet Minnich im nd-Interview. »Meine Erfahrung seit 24 Jahren in Deutschland besagt jedenfalls, dass fast jeder Schritt, den man macht, dokumentiert wird. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass das damals nicht dokumentiert wurde, als die Teile dorthin gebracht worden sind.« Minnichts Grabungen, gestützt von Aufnahmen des Fotografen Andreas Kämper, dauerten seinerzeit lediglich zwei Tage. Gern biete er dem Senat seine Hilfe bei der Suche an, sagt der Filmemacher jetzt – falls jener sie denn wünsche. *mha* Seite 13

Gabriel sucht Verbündete

Treffen mit Betriebsräten der Rüstungswirtschaft / Koalition streitet über Export von Kriegsgerät

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel will Rüstungsexporte einschränken. Unions-Politiker mutmaßen, dies werde die nationale Sicherheit gefährden.

Von Aert van Riel

Sigmar Gabriel (SPD) sucht in der Debatte um deutsche Rüstungsexporte den Dialog mit Betriebsräten von Rüstungsunternehmen. Anfang Juni hatten Betriebsratsvorsitzende von mehr als 20 Firmen den Wirtschaftsminister in einem Brief davor gewarnt, die Exporte einzuschränken. Sie sorgen sich um die Zukunft von Arbeitsplätzen in der Branche.

Nach einem Gespräch mit den Betriebsräten am Dienstag erklärte Gabriel, dass bei Exportentscheidungen »beschäftigungspolitische Gründe keine ausschlaggebende Rolle spielen dürfen«. Darauf hatten sich SPD und Grüne in ihrer gemeinsamen Regierungszeit geeinigt. Im Koalitionsvertrag

von Union und SPD heißt es nun, dass bei Entscheidungen über Rüstungsexporte in sogenannte Drittstaaten diese im Jahr 2000 beschlossenen rot-grünen »Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern« verbindlich seien. Darin werden Exporte in Staaten außerhalb von EU und NATO nur in Ausnahmefällen erlaubt, wenn sie besonderen Sicherheits- und Bündnisinteressen Deutschlands entsprechen. Trotz dieser Regelungen boomten allerdings auch unter der rot-grünen Bundesregierung die deutschen Rüstungsexporte.

Betriebsräte, die an dem Gespräch mit Gabriel teilnahmen, äußerten grundsätzlich Verständnis dafür, dass der Minister künftig weniger Waffengeschäfte genehmigen will. »Menschenrechte sind wichtiger als Exporte«, beteuerte Jürgen Bühl von der IG Metall. Andere Teilnehmer betonten, dass es zwar ein konst-

ruktives Gespräch gegeben habe, aber einige Punkte nicht von allen Seiten gleich gesehen worden seien. Sie hoffen nun auf mehr Aufträge von der Bundeswehr.

»Beschäftigungspolitische Gründe dürfen bei Waffenexporten keine ausschlaggebende Rolle spielen.«

Sigmar Gabriel

Gabriel kündigte an, über Anschlussprojekte bei auslaufenden Bundeswehrprojekten mit den CDU-Ministern Ursula von der Leyen (Verteidigung) und Wolfgang Schäuble (Finanzen) reden zu wollen. Zudem müsse mehr über Instandhaltung und Wartung von Material, europäische Rüstungskonversion und Rüs-

tungskonversion, also die Umstellung auf zivile Fertigung, geredet werden.

Vorwürfe aus der Union, deren wirtschaftspolitischer Sprecher Joachim Pfeiffer (CDU) Gabriel unterstellt hatte, die nationale Sicherheit zu gefährden, weil Deutschland in eine Abhängigkeit von anderen Ländern gerate, wies der SPD-Vorsitzende zurück. Kein Rüstungsunternehmen sei vom Export auf die arabische Halbinsel abhängig, so Gabriel.

Der LINKE-Außenpolitiker Jan van Aken begrüßte die Ankündigungen zur Rüstungskonversion. »Für eine technische Unterstützung müssen auch staatliche Gelder bereitgestellt werden«, sagte van Aken dem »nd«. Er wies aber auch darauf hin, dass Gabriel sich in den letzten Monaten zuweilen nicht an seine Ankündigung einer restriktiven Rüstungsexportpolitik gehalten habe. Der Minister hatte viele Exporte an Drittländer abschließend bewilligt.

Bewaffnete sagen Nein zur Waffe

Seit 2012 verweigerten 1095 Soldaten den Kriegsdienst bei der Bundeswehr

Düsseldorf. Seit Aussetzung der Wehrpflicht vor drei Jahren haben 1095 Soldaten den Kriegsdienst verweigert. Damit wurden rund drei Viertel aller Anträge positiv beschieden, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, die der »Rheinischen Post« vorliegt. Soldaten, die sich freiwillig bei der Bundeswehr verpflichtet haben, können auch während ihres Berufslebens verweigern. »Diese Umkehr kann durch ein Schlüsselerlebnis herbeigeführt worden sein oder das Ergebnis eines längeren intensiven Wandlungsprozesses sein«, so die Bundesregierung.

Die Zahl der Verweigerer ging binnen eines Jahres leicht zurück: 2012 quittierten 374 Soldaten den Dienst; im vergangenen Jahr waren es 262. Zugleich sank auch der Anteil der Anerkennungen: 2012 wurden noch knapp 87 Prozent der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung anerkannt, 2013 waren es nur noch 69 Prozent. Dies lasse »auf ein restriktives Vorgehen schließen«, kritisierte die Verteidigungsexpertin der Linksfraktion im Bundestag, Katrin Kunert. Als Grund vermutet die Abgeordnete, den Soldaten solle »angesichts des wachsenden Rekrutierungsbedarfs der Ausstieg aus der Bundeswehr erschwert werden«.

Zum 1. Januar 2011 wurden zum letzten Mal Wehrpflichtige in die Kasernen beordert. Seit Anfang März des gleichen Jahres wurden junge Männer nicht mehr gegen ihren Willen zum Kriegsdienst verpflichtet. *epd/nd*

Fußball: Ostklubs stark im DFB-Pokal

Dresden, Leipzig, Chemnitz und Magdeburg besiegen Erstligisten

Berlin. Den Schlusspunkt setzte am Montagabend Dynamo Dresden. Nach dem 2:1-Sieg des Drittligisten gegen den Champions-League-Teilnehmer Schalke 04 stehen insgesamt fünf Ostklubs in der zweiten Runde des DFB-Pokals: neben der SGD Nordost erzgebirge Aue, der Chemnitzer FC, der 1. FC Magdeburg und RB Leipzig. Keine schlechte Quote, immerhin die Hälfte der gestarteten Vereine aus dem Nordostdeutschen Fußballverband (NOFV). 2013 überstanden nur zwei von neun die erste Runde, 2012 waren es drei von elf. »Wir freuen uns sehr über die guten Ergebnisse«, sagte NOFV-Präsident Rainer Milkoreit. »Das hat richtig gut getan.«

Der Nachsatz verrät: Zuvor wurde gelitten. Vor allem die Abstiege von Dresden und Energie Cottbus in der vergangenen Saison aus der 2. Bundesliga waren ein schmerzhafter Einschnitt in der Entwicklung der Klubs, des Verbandes und der Region – sportlich und wirtschaftlich. Da versprochen Siege, vor allem gegen Erstligisten (Chemnitz gegen Mainz, Magdeburg gegen Augsburg), Hoffnung. Aber auch das knappe Aus im Elfmeterschießen von Energie Cottbus gegen den HSV macht Mut. Hoffnung und Mut für den Weg des Neubaus in Dresden und Cottbus oder für die Rückkehr des Regionalligisten Magdeburg in den Profifußball. *alu* Seite 19

Lesen Sie heute im Ratgeber

Besteuerung von Renten: Ab welcher Altersbezugshöhe ist eine Steuererklärung abzugeben?

Tipps zum Schulanfang – sicher unterwegs zur Schule und zurück

Schimmel in der Wohnung – man kann selbst einiges dagegen tun

ISSN 0323-4940

